

16. IV. 1917

## Zensur und Zeitung.

### Petitionen im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages beriet am Mittwoch vor- mittag Petitionen. Eine Petition des Vereins für das Deutsch- tum im Auslande: die Reichsunterstützung unter der Bedingung der Veranstaltung von Sprachkursen zu erhöhen, wurde zur Ver- lässichtigung überwiesen.

Es folgte eine Anzahl von Petitionen, die sich sämtlich auf die Handhabung der Zensur beziehen; darunter sind solche vom Reichsverband der deutschen Presse, von Professor C o h m a n n und von weiteren Einzelpersonen. Ministerialdirektor Dr. L e - w a l d regte an, daß ähnlich wie im Petitionsauschuß vorher die Regierungsvertreter unterrichtet werden mögen, wenn wich- tige Petitionen verhandelt werden sollen. Der Berichterstatter erwiderte, die Regierungsvertreter möchten sich zeitig mit den Berichterstattern in Verbindung setzen. Die Petitionen wurden zum größten Teil als Material überwiesen, eine von ihnen soll ausführlich im Plenum erörtert werden. — Zwei Petitionen, die sich dagegen wenden, daß die dem Reichsamt des Innern nach- geordneten mittleren Beamten schlechter gestellt seien als die gleichen Beamten anderer Behörden, werden zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso eine Petition über die Besoldung der im Reichsamt des Innern für das Statistische Amt angestellten Frauen. Eine Petition der Schiffsführer und Maschinisten in Reichsbetrieben wird als Material überwiesen.

Es folgte die Eingabe des Vereins deutscher Zeitungsverleger auf Befassung des notwendigen Betriebspersonals und ausreichende Papierlieferung für die Zeitungen. Ein Regierungsvertreter führte aus, daß alles Mögliche geschehe, um die Herstellung von Holzpapier zu fördern. Die Reichsstelle für Papierholz habe gut funktioniert. Die Petition wurde zur Verlässichtigung überwiesen.

Eine Anzahl von Eingaben betr. Steuerzulagen gehen als Material an die Reichsregierung, ebenso Petitionen um Auf- besserung der Gehälter verschiedener Marineangestellter. — Bei Petitionen des Vereins der Nordseebäder vom Oktober 1916 und April 1917 wurde vom Berichterstatter und einem Volks- parteller darauf hingewiesen, daß trotz der Zulage der preussischen Regierung, zu helfen, nichts geschehen sei, obwohl das im öffent- lichen Interesse zu wünschen wäre. Der Staatssekretär des Innern erkennt an, daß den Nordseebädern größtenteils durch militärische Maßnahmen schwere Schäden erwachsen sind; jedoch dürfe man nicht vergessen, welche Konsequenzen die gefühlige An- erkennung von Kriegsschäden durch entgangenen Gewinn mit sich bringe. Bis jetzt habe man nur direkte Sachschäden berücksichtigt. Die Petitionen wurden zur Verlässichtigung überwiesen, und der Hauptauschuß setzte seine nächste Sitzung auf den 4. Juli an.